

Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisirten Brauerciarbeiter.

Sämmtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Ragerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämmtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1247. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepalte Netztelle 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Bessin, Kreuzbergstr. 9, Seitenl. I. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: P. Stidel, Frankfurt a. M., Söhenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Preis-Kommission: O. Braudt, Linden-Hannover, Mittelbndstraße 20, 1. Etage.

Nr. 41.

Hannover, den 11. Oktober 1901.

11. Jahrgang.

1885—1891—1901.

(Ein Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Central-Verbandes deutscher Brauer und Berufsgenossen).

III.

Die Vereine, welche bis zum Delegirtenstag 1886 dem Verband beigetreten waren, sind folgende: Berlin, Stettin, Magdeburg, Dessau, Chemnitz, Dresden, Kiel, Hannover, Frankfurt a. M., Kassel, Braunschweig, Amsterdam, Ratibor und Barmen. Ueber die Vereine Chemnitz und Barmen sagt der Geschäftsbericht 1886—87, daß sie nie haben etwas von sich hören lassen, und der Verein Ratibor habe nur einmal ein Lebenszeichen von sich gegeben in Form einer Geldsendung, über welche sogar auf Anfrage keine nähere Auskunft erteilt wurde.

Bis Ende des Jahres 1886 traten dem Verband noch bei die Vereine Leipzig, Hamburg und die neu gegründeten Vereine Frankfurt a. M. und Berlin für die ausgeschiedenen Vereine aus diesen Orten. Außer dem sind Ende 1886 Vertrauensmänner für München und Stuttgart aufgeführt, sowie für je einen Ort in Belgien, Frankreich, Italien und England. In Moskau und Petersburg hatten sich Vereine gebildet im Freizügigkeitsverhältnis mit dem Deutschen Verband, desgl. im Jahre 1886 in Oesterreich-Ungarn ein Landesverband, ebenfalls im Freizügigkeitsverhältnis, welcher 1888 bereits über 1000 Mitglieder hatte.

Vereine hatten sich in dieser Zeit noch gebildet und den Anschluß an den Verband formell erklärt, theils in Aussicht gestellt, in Dortmund, Bochum, Barmen, Erfurt, St. Johann, Mülheim a. Rh., Ratibor, Stuttgart, Weimar, Worms, Danau und Basel; außerdem sind Vertrauensmänner für Halberstadt und Flensburg angegeben; Vereinsgründungen wurden in Aussicht gestellt in Gießen, Braunsberg z., doch ist in den folgenden Jahren nichts über diese Orte bezw. Vereine vermerkt, außer Dortmund.

Im Jahre 1886 beschloß der Dortmunder Verein, einen Rheinisch-Westfälischen Verband zu gründen. Es fand zu diesem Zwecke ein Delegirtenstag am 17. Oktober 1886 in Elberfeld statt. Von einem weiteren Delegirtenstages dieses Sonderverbandes am 6. November 1888 in Krefeld wird dann noch berichtet. Welche Ausdehnung dieser Verband hatte, dessen Verbandsorgan die „Rhein-Westf. Brauer-Zeitung“ war, und was aus ihm geworden, ist uns nicht bekannt. Nur daß er ebenfalls die Gründung einer Altersversorgungskasse betrieb und Unterstützung für kranke Mitglieder eingeführt hatte; Arbeitslose galten in den maßgebenden Kreisen dieses Verbandes, die in Dortmund zu finden waren, als „Bummeler“, die man nicht noch mehr zur Bummelerlei durch die Unterstützung erziehen dürfe.

In Folge der Gründung dieses Sonderverbandes wurde in Dortmund im Jahre 1887 ein Gauverein mit Anschluß an den Verband gegründet, desgl. in Elberfeld-Barmen und in Hof. Von letzteren beiden ist jedoch ebenfalls in den folgenden Jahren nichts berichtet.

Wie schon damals die Verbandsmitglieder unter dem Terrorismus der selbstherrlichen Querköpfe in den aus dem Verband ausgeschiedenen bezw. nicht beigetretenen Vereinen Berlin, Dortmund und Frankfurt zu leiden hatten, giebt verschiedentlich die „Vereinszeitung“ Aufschluß. Dort finden wir schon in den Jahren 1887 und 1888 — die Jahrgänge von 1889, 1890 und 1891 des nachherigen Verbandsorgans besitzen wir leider nicht — Klagen über das schofle Vorgehen gegen die Verbandsmitglieder, namentlich in Berlin und Dortmund.

Da in diesen Sondervereinen die Vorderburschen vertreten waren, sie auch von den Besitzern und Braumeistern begünstigt und in jeder Weise unterstützt wurden, da letzteren eine Zerplitterung und Befämpfung der Kollegen untereinander ja in der Regel sehr lieb und in ihrem Interesse gelegen ist, so wurden Verbandsmitglieder entlassen oder erhielten keine Arbeit, wenn sie nicht aus dem Verband aus- und in den Sonderverein eintraten. Diese Praxis ist auch heute noch in größter Blüthe überall da, wo solche selbstherrlich-beschränkten Querköpfe sich etablirt haben, deren ganzes Thun und Können sich darauf beschränkt, weil sie nur auf diese Weise und mit Hilfe der Arbeitgeber z. ihre Vereinerung hoch halten können, und

besonders Berlin und Dortmund haben ihre alte Tradition, den Haß gegen den Verband, bewahrt, nur in Dortmund mit dem Unterschied, daß der Dortmunder Gauverein, der damals selbst so unter diesem Terrorismus zu leiden hatte und darüber klagte, jetzt den Terrorismus in einer noch viel schofleren Weise gegen die jetzigen Verbandsmitglieder ausübt, seitdem er in den „Bund“ eingetreten ist und sich wieder eine Zahlstelle des Verbandes in Dortmund gegründet hat.

Mit der Verlegung des Verbandsitzes nach Dresden im Jahre 1886 und der gleichzeitigen Verbindung der Posten des Vorsitzenden, Kassirers und Redaktors in einer Person machte sich die Aufgabe der Arbeitsstelle des Vorsitzenden notwendig. Den Posten des Kassirers gleichzeitig von dem Vorsitzenden zu übernehmen, machte sich nach dem Rechenschaftsbericht des damaligen Vorsitzenden Penndorf für das Jahr 1886/87 schon aus dem Grunde notwendig, weil „so gut wie gar keine Mittel zu Gebote standen“, einen eigenen Kassirer anzustellen, und „von einem in Arbeit stehenden Kollegen . . . diese, wie wir uns zu überzeugen Gelegenheit hatten, die volle Zeit eines Mannes in Anspruch nehmende Arbeit unmöglich verlangt werden könnte“. Heute wollen bekanntlich Herr Horn und einige ebenso geistreiche Nachkläffer diese Kassirerarbeit des Verbandes bei einer fast dreimal größeren Mitgliederzahl, zwanzigmal größeren größeren Einnahmen die Arbeit in „3 Stunden“ pro Tag erledigen, ohne der Lächerlichkeit unter ihren „Gläubigen“ zu verfallen, oder ohne daß sie von Kennerseite, wie Penndorf, auf ihren groben — Irrthum aufmerksam gemacht worden wären.

Für den Vorsitzenden war kein Gehalt vorgesehen; er hoffte, daß ihm die Thätigkeit als Redakteur des Verbandsorgans die nöthigen Mittel einbringen würde, um sein Leben fristen zu können; doch da diese Hoffnung eine irrige war, nahm er die ihm als Kassirer zustehenden 10 Prozent der Einnahmen als Provision in Anspruch.

Doch bald gingen die Schwierigkeiten von Neuem los, und zwar wieder mit dem Eigentümer und Redakteur des Verbandsorgans, Herrn Horn. Im Rechenschaftsbericht 1886/87 schreibt der Vorsitzende, daß ihm im Laufe des Winters Nachrichten zugegangen seien, die den Herausgeber der „Vereinszeitung“ betrafen, für deren öffentliche Besprechung die Verantwortung von Niemandem übernommen werden könnte. Die Möglichkeit eines plötzlichen Nichterscheinens der Zeitung sei in Betracht zu ziehen gewesen, und wurden dementsprechende Vorkehrungen getroffen. Diese Vorkehrungen bestanden in erster Linie darin, daß Herr Horn, wie er freiwillig schon versprochen hatte, mit der „Vereinszeitung“ nach Dresden übersiedeln und dieses bis Ende 1886 bewerkstelligen sollte. Dann wäre der Vorstand immer bei der Hand gewesen und konnte in allen Fällen handelnd eintreten. Von Berlin aus sei er oft wochenlang ohne jegliche Nachricht geblieben und in Allem nur auf den Inhalt der „Vereinszeitung“ angewiesen gewesen. Doch da der Vorstand mit leeren und nichtigen Versprechungen hingehalten wurde und die vorstehend erwähnten Nachrichten sich bestätigten, habe er Vorkehrungen getroffen, das Interesse des Verbandes, seine Würde und Ehre zu wahren und das Erscheinen einer neuen „Vereinszeitung“ in Dresden in jedem Falle binnen wenigen Tagen zu bewerkstelligen. Der Vorstand hätte es auch lieber gesehen, ohne Weiteres mit der Herausgabe einer neuen Zeitung zu beginnen, um den strittigen Punkt sofort zu beiseitigen, es war auch schon ein begünstigter Beschluß gefaßt, doch verlangten die Gauvereine, dem Delegirtenstag die Regelung der Sache zu überlassen.

Der dritte Delegirtenstag fand am 1. und 2. Juli 1887 in Frankfurt a. M. statt. Vertreten waren die Vereine Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Dortmund, Berlin, Magdeburg, Dresden, Hannover, Dessau, Amsterdam, Braunschweig, Kassel und Kiel. Die Mitgliederzahl ist auf 5000 angegeben. Die nennenswerthen Vänderungen, die auf diesem Delegirtenstag in Bezug auf das Statut, die Verbandsführung z. getroffen, die Neuerungen, die beschloffen wurden, waren folgende:

Sobald ein größerer Fonds vorhanden ist, sollen die Korporationsrechte für den Verband in allen deutschen Vaterländern erworben werden. Mit den Vor-

arbeiten wurden Hoffach-Leipzig und Hilpert-Berlin bestimmt. Das Eintrittsgeld wurde von 50 Pfg. auf 1 Mk. erhöht, gültig vom 1. August ab; für Gesambücher wurden 50 Pfg. festgesetzt; für kranke Mitglieder, die von der Krankenkasse nichts mehr erhalten, wird pro Tag 50 Pfg., für vier Wochen, Unterstützung festgesetzt, die die Unterstützungskassen der Gauvereine leisten sollen; nur sachmäßig ausgebildete Brauer sollten in den Verband aufgenommen werden; Mitgliedern, die ihrer Militärpflicht genügen, soll der Beitrag erlassen bleiben; das in den Gauvereinen angesammelte Unterstützungsvermögen soll im Falle eines Austritts eines Gauvereins ohne Weiteres, spätestens in vier Wochen an die Verbandskasse ausgefolgt werden; der Vorstand des Verbandes soll nicht mehr gleichzeitig Mitglied des Vorstandes eines Gauvereins sein; der „Vereinszeitung“ wird vom Ende des Jahres der Titel als Organ des Verbandes entzogen, das Verbandsorgan soll am Sitze des Verbandes erscheinen; der Vorstand wird auf zwei Jahre gewählt und ihm 120 Mk. Gehalt monatlich bewilligt, ausschließlich der Einnahmen als Redakteur des Verbandsorgans; der Delegirtenstag soll alle zwei Jahre stattfinden; der Vorsitzende wurde wiedergewählt. Ferner wurde auch die Gründung einer Altersversorgungskasse beschloffen, wozu die Arbeitgeber um Unterstützung ersucht werden sollten. Ein Aufruf an die Arbeitgeber zu diesem Zweck erfolgte seitens des Delegirtenstages. Zu dem hierfür vorgelegten Statut waren bei Arbeitsunfähigkeit jährliche Renten vorgesehen von 790 bis 910 Mk. in sechs Abstufungen bei 100 Mk. Einzahlung, Monatsbeitrag nicht unter 1 Mk. und nicht über 3 Mk. Die Unterstützung seitens der Arbeitgeber, auf die man nach Tausenden gehofft hatte, blieb aus; nur ca. 550 Mk. wurden von dieser Seite gestiftet, das Uebrige war das Ergebnis freiwilliger Sammlungen und sonstiger Zuwendungen der Kollegen. Die Altersversorgungskasse hatte Ende 1888 einen Bestand von 1537,10 Mk.; was daraus gemorden ist, ist uns nicht bekannt. Scheinbar wurde in späteren Jahren die kleine gesammelte Summe an die Gauvereine vertheilt.

Bei Erledigung der Tagesordnung, die Verlegung des Verbandsorgans nach dem Sitze des Hauptverbandes und die Herausgabe auf Kosten des Verbandes betreffend, war auch eine Offerte von der „Deutschen Brauer-Zeitung“, Organ des aus dem Verbands ausgeschiedenen Vereins Berlin, eingelaufen, welche sich als zukünftiges Verbandsorgan empfahl. Dagegen wandte sich besonders Hoffach-Leipzig: Der Berliner Verein könne die Zeitung anpreisen, so viel er wolle; der könne nur Versprechungen machen. Daß er es nicht rechtlich mit uns meint, daß er überhaupt falsch ist, das hat er voriges Jahr bewiesen, und im Laufe dieses Jahres auch. Auch heute kommt er mit Versprechungen, um uns zu necken. Es sind bloß leere Versprechungen, weiter nichts, und lacht er uns hinter dem Rücken aus, wenn er sich sagen kann, er habe uns an der Nase herumgeführt. Meinetwegen mag die Zeitung herausgeben, wer will, das Berliner Blatt nehmen wir nicht in Anspruch. — Und Penndorf erklärte: das Schreiben des Berliner Vereins verdient es nicht, verlesen zu werden.

War bis zum Delegirtenstages Herr Horn noch siegesicher, daß die Mehrzahl der Gauvereine der vom Hauptverband als unumgänglich notwendig bezeichneten Verlegung des Verbandsorgans an den Sitz des Hauptverbandes, um den „Bankapfel“ zu beseitigen, nicht zustimmen würde, so zog er alsbald nach vollzogenem Beschluß gegen den Hauptverband und den Delegirtenstag, der ihm diese schöne Einnahmequelle nahm, zu Felde. In Briefkastennotizen und Artikeln machte er die Gauvereine gegen den Verbandsvorstand scharf, und war hauptsächlich sehr besorgt darum, daß die Gauvereine nicht etwa dem Verbands-Vorstand mit den in ihren Kassen statutenmäßig angesammelten Geldern beispringen und die Mantos und nöthigen Verwaltungskosten decken helfen, denn dann dürfte sich ja kein unterstützungsbedürftiges Mitglied beschweren, da ja auch die Statuten so geändert sind, daß kein Mitglied auf Unterstützung Anspruch erheben kann. Die Gauvereine nennt er „die Säulen des Verbandes“, an die leider schon in den nächsten Tagen der Ruf ergehen wird, „Geld nach Dresden zu senden.“ Das Geldzahlen allein wird denen die Augen öffnen, die ohne Erkennung der Wirklichkeit nur schönen Worten Folge ge-

leistet haben." Wenn nun nicht recht viel Geld nach Dresden geschickt wird, dann wird man bald mehr verlangen, und welchem Gauverein wird es gefallen, immer nur Geld zu sammeln und zu sparen, um es in die leere Hauptkasse zu senden? — Schliesslich rechnet Herr Horn dem Vorstehenden Penndorf vor, daß er die 120 Mk. monatlich nur als Kassierer bezieht, als Kassierer eines Verbandes, „der immer eine leere Kasse hat, wenn die Gauvereine diese nicht immer wieder von Neuem füllen, um sein Gehalt zusammenzubringen. Denn es steht zu erwarten, daß im Monat durchschnittlich kaum 60 Mitglieder aufgenommen werden, das beträgt eine Einnahme von 60 Mk. und dazu braucht der Verband doch keinen Kassierer mit 120 Mk. Monatsgehalt? Uebrigens erfordert diese Thätigkeit höchstens jeden Tag eine Stunde Arbeit, das kannte Herr Horn genau, wie er sich ausdrückte, „und dafür 120 Mk. Monatsgehalt?“

„Doch der Delegiertentag hat's beschlossen und bleibt den Vereinen nichts weiter übrig, als zu bezahlen, so lange sie es können und wollen.“ — „Solche Wahrheiten werden aber in der . . . neuen Zeitung nicht gesagt werden — ob das aber dem Verband nützlich wird, ist eine Frage, die sich Jeder selbst beantworten kann.“ Deshalb wollte Herr Horn es noch schnell sagen und: „die Gauvereine sind die Säulen des Verbandes — laßt sie nicht morsch werden!“ — ruft er pathetisch aus, und „wer den Verband in seinem Bestande erhalten will, der muß diese Säulen schützen.“ Die Redaktion . . . hat von Anfang an immer auf Seite der Gauvereine gestanden, weshalb sich dieselbe bei dem ersten wie zweiten Verbandsvorstand mißlieblich gemacht hat und weshalb die Verbandsvorstände behaupten, es werde nicht eher Ruhe und Frieden, bevor nicht die Zeitung in Händen des Verbandsvorstandes sei. Ist aber einmal die Zeitung in Händen des Verbandsvorstandes, wo wollen dann die Gauvereine einen Schutz gegen etwaige Willkür und Uebergrieffe finden?“

Herr Horn fühlte sich als der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht; Verbandsvorstände sollten seinetwegen kommen und gehen, er fühlte sich als der einzig Beständige im Verband, um den sich Alles zu drehen hat, ferner seine Einnahmen aus der Zeitung doch die Hauptsache des ganzen Verbandslebens für ihn waren und nur aus den Gauvereinen seine Einnahmen flossen und nicht vom Verbandsvorstand, der ihm im Gegentheil Konkurrenz bot und auch ein paar Scherlein zu den nötigen Verwaltungsausgaben beanspruchte — weshalb Herr Horn auch auf Seite der Gauvereine, seiner Einnahmequellen, stand, die er sich ewig in diesem von einander getrennten und nur ihm tributpflichtigen Zustande wünschte. Weshalb brachte der Verband auch eine Verbandsleitung, wenn er Herrn Horn hatte und seine Zeitung ihm einen ansehnlichen Profit abwarf. Herr Horn erklärt dann auch, daß seine Zeitung als „Zentral“-Organ weiter erscheinen wird, auch wenn der Verband eine neue Zeitung herausgibt, und läßt sich dann in einem Artikel in seiner Zeitung vom „alten Schütz“ bescheinigen, daß er Recht damit hat und daß alle Diejenigen, welche für die Vereinigung **Alle**, für die Zentralisation (?) sind, auch die Vereinszeitung, „das so beliebte und gern gelesene Blatt“ weiter abornieren werden.

Dem Verbandsvorstehenden Penndorf wird dann von Herrn Horn noch der Text gelesen, daß er die Kassengelder zu statutenwidrigen Zwecken verbräuche, daß er falsche Berichte gebe, sich schäme, mit den Einnahmen auch die Ausgaben zu veröffentlichen; ferner habe der Vorstand wie der Delegiertentag statutenwidrig gehandelt. Den Vorstehenden erklärt er ferner für unfähig und nicht vertrauenswürdig.

Diese Liebeshwürdigkeiten bewirkten, daß die neue Zeitung des Verbandes, die „Allgemeine Brauer-Zeitung“ schon ein Vierteljahr früher, am 1. Oktober 1887 von Dresden aus herausgegeben wurde, und zwar weil, wie der Verbandsvorstehende und Redakteur Penndorf in der Probenummer erklärte, er den gehässigen und größtenteils unwahren Angriffen des Herrn Horn machtlos gegenüberstand, da derselbe in seine Zeitung doch nur aufnahm, was ihm beliebt. Herr Horn habe in einem Falle seiner Ablehnung auch noch den Hohn und den Spott hinzugefügt, „die denkbare größte Beleidigung, die je einem Delegiertentage eines großen Verbandes zu Theil geworden ist.“ Es könne ihm Niemand zumuthen, sich mit diesem Herrn in der Zeitung herumzustritten. Er habe „Ansrieden, nichts als Ansrieden gestiftet“. Weiter heißt es: „Es war die höchste Zeit, daß etwas geschah, und ich mußte mir sagen, daß die Zeit des Jauderens und der Rücksichtnahme auf uns fernstehende und für uns nicht passende Personen ein Ende nehmen müsse.“ „Jene Leute, welche spöttisch behaupten, die Brauer seien nicht fähig und reif zur gemeinsamen Vertretung unserer Interessen“, sollen nicht recht behalten. Die „Hetzereien und Verdächtigungen der Vereinszeitung“ haben Verhältnisse geschaffen, daß er — d. Vorst. — in jeder Weise gehemmt ist, etwas Gedeihliches und Ganzes für den Verband und seine Bestrebungen zu unternehmen, und daß die Kollegen „die Lust und Liebe und das Vertrauen zu einem längeren Bestande des Verbandes verloren haben.“ Vom Kollegen Staudenmeyer-Frankfurt wird Herrn Horn gesagt, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln hegt, um den Verband zum Verfall zu bringen, „um aus seinen Trümmern seine Zeitung — das Hehlblatt des Herrn Horn“ — als Organ für die einzelnen bestehenden Vereine zu retten“.

So war denn Herr Horn für den Verband abgetaktet; wir finden seinen ebenbürtigen Nachfolger wieder als ruhenden Pol in der Erscheinung Flucht — dem die Hauptsache des Vereinslebens die Abonnementsgelder sind — Arm in Arm mit dem Berliner Verein, der f. Ht. seinetwegen aus dem Verbande geschieden war. Das Schicksal hat sie beide wieder zusammgeführt, den Verband mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schädigen, die Uneinigkeit der Kollegen zu fördern, weil einzelne und hauptsächlich „uns fernstehende Personen“ Nutzen daraus ziehen.

Korrespondenzen.

Bremen. Am 1. Oktober fand in der „Neustädter Tonhalle“ die Protektorenversammlung gegen die Erhöhung der Zölle statt. Die Versammlung war, des Unmuthes wegen, nur mäßig, von ca. 250 Personen, besucht, darunter auch mehrere Arbeiterinnen. Referent war Müller. Dieser führte den Unmuth in großen Zügen ein Bild der Zollgesetzgebung und Steuerpolitik vor Augen, schilderte das intensive, nachbrüchliche Arbeiten der Großgrundbesitzer für höhere Getreidezölle und berichtigte, welche Mißverhältnisse ihnen durch die indirekten Steuern angehängt werden. Leider sei keine Aussicht vorhanden, daß baldigt auf Beseitigung des indirekten Steuersystems zu rechnen sei, denn die Regierung müsse rechnen mit den enormen Summen, welche ihr auf diese bequeme Weise den Reichsäckel füllen, und auch die bestehende Klasse sei an der Beibehaltung dieses Systems interessiert, sei es doch dadurch möglich, die großen Lasten, welche das Reiches Herrlichkeit mit sich bringe, auf die Schultern der breiten Masse, der Arbeiter, abzumägen. Referent zeigte dann an einzelnen Beispielen, wie groß die Neubebelastung sein würde, wenn der Zolltarifentwurf Gesetz werden würde. Er ging dann über auf die Gefahren, die den Brauereiarbeitern im Besonderen aus der geplanten Zollerhöhung erwachsen. Ganz abgesehen von der notwendigerweise eintretenden müssigen Berringerung des Konsums durch die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter sei zu rechnen mit der Preissteigerung der Brauereiprodukte, die durch die Erhöhung der Getreidezölle unvermeidlich sei. Diese sei so hoch, daß die Herstellungskosten des Bieres um 1,50 Mk. pro Hektoliter steigen würden. Das werde, weil wieder die Brauer noch die Wirthe die Erhöhung tragen würden, auf die Konsumenten abgewälzt werden und dadurch würde ein wichtiges unentbehrliches Genuss- und Nahrungsmittel in solcher Weise vertheuert, daß auch dadurch eine Verringerung des Konsums unausweichlich sei, zumal diese Vertheuerung in eine Zeit falle, während welcher Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängend, Noth und Elend regelmäßig Gaß bei den Arbeitern sein werde. Das werde aber auch die Arbeitslosigkeit in den Reihen der Brauereiarbeiter zur stehenden Erscheinung machen und es sei Pflicht der Brauereiarbeiter, sich gegen die Zollerhöhung ganz besonders zu wehren. Unausweichlich werde ferner sein, daß die Regierung wieder mit dem Plane einer Biersteuererhöhung herausrücken werde, denn die schlechte finanzielle Lage des deutschen Reichs mache die Erhebung neuer Steuerquellen zur Nothwendigkeit. Der Referent legt an der Hand statistischen Materials dar, wie bedeutend die Belastung des Bieres schon jetzt ist, und wie durch die Verschiedenartigkeit der Gesetze und des Konsums in den norddeutschen und süddeutschen Staaten bedingt, die Belastung pro Kopf der Bevölkerung zwar verschieden hoch, aber überall so hoch sei, daß eine Erhöhung der Biersteuer nicht angehe. Es komme hier neben dem besonderen Interesse der Brauereiarbeiter auch das Interesse der Gesamtheit in Betracht, weil eine Vertheuerung des Bieres eine Erhöhung des Schnapskonsums mit sich bringen werde. Die Schädlichkeit des übermäßigen Alkoholgenußes werde von seiner Seite bestritten, aber es stehe auch fest, daß das Alkoholbedürfniß, welches besteht, hervorgerufen werde durch die schlechte, ungenügende Ernährung, die wiederum eine Folge der schlechten wirtschaftlichen Lage der großen Masse sei. Diese müsse zunächst gehoben werden, ehe an eine Beseitigung des Alkoholmißbrauchs zu denken sei. Zweifellos verdiene aber von den alkoholhaltigen Getränken, die die Masse konsumirt, das Bier den Vorzug, und es sei deshalb in jeder Weise verkehrt, den Biergenuß zu erschweren und so eine künstliche Steigerung des Schnapskonsums zu erwirken. Die Brauereiarbeiter hätten demnach von allen Gesichtspunkten aus Veranlassung, sich mit der übrigen Arbeiterschaft gegen die Zollerhöhung und insbesondere gegen die Erhöhung der Biersteuer zu wenden. Referent schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Hinweis auf die Nothwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. In der Diskussion werden die Ausführungen des Referenten durch Winkelman, gestützt auf seine Fachkenntniß, in mehreren Punkten werthvoll ergänzt. Zum Schluß findet die vom Hauptvorstandes des Zentralverbandes deutscher Brauer und Berufsgenossen vorgelegte Resolution einstimmige Annahme.

Celle. In der gut besuchten Versammlung vom 6. Oktober referirte Kollege Bartels-Hannover über die Lage der Brauereiarbeiter und wie dieselbe zu verbessern ist, in ausführlicher Weise und forderte die Kollegen auf, fest zur Organisation zu halten. Beschlossen wurde noch, daß die Unterstützung von jetzt ab bei Knop, Finkenwiese, ausgezahlt wird.

Dresden. Die Protektorenversammlung gegen die Zollerhöhung fand am 5. Oktober im „Gambrius“ statt. Dieselbe war von ca. 130 Personen besucht. Der Tag war ungeeignet für die Biertrinker, weshalb von diesem fast gar keiner vertreten war. Referent war Sindermann. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion wies der Vorstehende noch darauf hin, daß es notwendig sei, sich immer mehr der Organisation anzuschließen, um der drohenden Arbeitslosigkeit aus dem Wege zu gehen. Die Herren Unternehmer würden den Schaden von sich selbst auf die Konsumenten und Arbeiter abwälzen und bei schwächerem Geschäftsgang anfangen, Leute auszustellen, dem energisch entgegenzutreten werden müsse.

Eilenburg. Am Sonntag, den 29. September, fand im „Bergeller“ eine Versammlung statt, in welcher Rande unter Beifall über „Die Organisation im Allgemeinen“ referirte. Im Vortrage warf Referent auch die Frage auf, ob die Gewerkschaften parteilos sein sollen und beantwortete sie im vorerwähnten Sinne. Es gebe viele Interessentfragen, die nur im Reichstag erledigt werden könnten. Sollte aber der Reichstag das Wohl der Arbeiter vertreten, dann sei es in erster Linie wichtig, daß die Arbeiter solche Abgeordnete wählen, die voll und ganz für die Interessen der Arbeiter eintreten. — Bedauerlich ist, daß die Versammlung so mäßig besucht war. Selbstschlichter war gar nicht vertreten; auch die Biertrinker der Stadtbräuerei glänzten durch Abwesenheit. Es ist aber unbedingt notwendig, daß jeder organisiert Arbeiter nicht nur Beiträge zahlt, sondern auch die Versammlungen besucht. Im Interesse der guten Sache muß diese Klage, diese Interessenlosigkeit in die Erde gemartert werden, nur dann haben wir Anspruch auf das Vortragen „organisiert“, und nur dann ist es uns möglich, unsere Organisation zur vollen Blüthe zu bringen. Den noch unorganisierten Braueren und Berufsgenossen wäre es im eigenen Interesse sehr zu empfehlen, sich dem Zentralverbände anzuschließen. Bei einigen wäre es sogar eine dankbare Pflicht, nachdem sie über Zweck und Nutzen des Verbandes durch klingende Münze und weniger Arbeitszeit zur Genüge informiert sein müßten. Aber wozu sollten diese auch beitragen? Es sind ja andere da, welche für bessere Verhältnisse sorgen und die Kassen aus dem Feuer holen.

Zimmerhin gehört eine tüchtige Portion Charakter — Stärke dazu, all diese Vergünstigungen einzufordern, ohne den Finger krümmen zu brauchen und den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen. Und dann giebt es leider heututage immer noch Solche, die eben leben, weil sie eben da sind: Der Herr hat's gegeben, der Herr wird's auch wieder nehmen. — Wir wollen hoffen, daß die Versammlung am 15. Oktober vollständig besucht ist und auch die Nichtorganisierten sich ihrer Pflicht erinnern.

Fürstentum (Spreew). Am Freitag, den 27. September, fand im „Schloßkeller“ eine Mitglieder-Versammlung statt, welche mäßig besucht war. Zu Punkt 1 ließen sich 9 Kollegen aufnehmen. Darauf meldeten sich 8 zugewirkte Kollegen an, sodaß vom 1. Oktober ein Mitgliederbestand von 25 zu verzeichnen ist. Als Delegirte zum Kartell wurden Seeger und Schoeffel 1 gewählt. Als Vertrauensleute wurden für Mälzerei Schultze, Nibel und für Brauerei Stimming Treutler ernannt. Als Schriftführer meldete sich Kollege Gauert freiwillig. Der Vorstehende ernannte die Anwesenden, fest und treu zur Organisation zu halten und immer neue Mitglieder heranzuziehen, jedes Mitglied solle nicht nur zahlend, sondern auch agitirendes Mitglied sein. Es wurde zum Schluß noch auf die am 13. Oktober stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, da soll die Besorgung sein: Jeder Brauereiarbeiter muß erscheinen, um gegen die beabsichtigte Nahrungsmittelvertheuerung durch Erhöhung der Zölle und die schädlichen Folgen für unseren Beruf zu protestieren. In Rücksicht auf die Gefahren, die den in Brauereien, Mälzfabriken und Biernebelanlagen beschäftigten Personen drohen, wird erwartet, daß keine derselben in der Versammlung fehlt. — Um dem Kassier das Amt zu erleichtern, ist es Pflicht aller Mitglieder, die Beiträge pünktlich zu entrichten. Die Zeitung ist beim Kollegen Sappolt abzuholen. — Ferner möchten wir dem Kollegen Ernst Holz raten, in Düsseldorf nicht solche unwahre Redensarten zu führen, wie er es hier in einem speziellen Falle gethan hat, damit nicht auch dort Uneinigkeit unter den Kollegen Platz greift.

Graz. Eine Brauereiarbeiter-Versammlung fand am 3. Oktober statt, um den Bericht über die Unterhandlungen mit den Brauereien betreffs der Forderungen entgegenzunehmen. Als Einberufer fungirten Haiben als Obmann der Bänderorganisation und Schmainger als Obmann des neugegründeten Harmonievereins. Gewerkschaftssekretär Buchstich und Obmann Haiben erklärten, daß nur die in den Brauereien Beschäftigten Wort und Stimme haben sollen, welchem auch mit geringer Majorität zugestimmt wurde. Haiben berichtete, daß am 22. und 29. September zwischen den Direktionen und den Vertretern der Bänder, Hilfsarbeiter und des Harmonievereins Unterhandlungen stattgefunden hätten — die Vertreter der organisierten Brauer waren auch bei den Verhandlungen ausgefallen. Die Vertrauensmänner berichteten als Resultat der Verhandlungen: 1. Die Firma Reininghaus erklärt, innerhalb sechs Wochen Arbeiter wieder aufzunehmen, und zwar mit jenem Lohne, welcher für die betreffende Kategorie festgesetzt ist, in welche dieselben eingetheilt werden können. Desgleichen erklärt die I. Grazer Aktienbrauerei, unter den gleichen Bedingungen Arbeiter wieder aufzunehmen. Die übrigen als arbeitslos ausgewiesenen Arbeiter, 12 an der Zahl, können nicht eingestellt werden, da geeignete Stellen für dieselben nicht frei sind und können nicht neuerdings Entlassungen stattfinden, um für dieselben Stellen frei zu machen. Ausgeschlossen ist eine Wiederaufnahme für die noch arbeitslos bleibenden Arbeiter in späterer Zeit hierdurch keineswegs. 2. Das den Arbeitern gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wird in keiner Weise beeinträchtigt. Während der Arbeitszeit und in den Arbeitsräumen sind Agitationen nicht statthaft. Die Firma Brüder Reininghaus und die I. Grazer Aktienbrauerei erklären sich bereit, bei vorkommenden Fällen von der Arbeiterchaft der betreffenden Unternehmen gewählte und an die Unternehmen entsendete Vertrauensmänner anzunehmen und mit denselben zu verhandeln. 3. Die im Jahre 1897 und auch später gemachten Zugeständnisse, mit Ausnahme jener, welche mit der Räummachung vom 29. April 1901 aufgehoben wurden (bezieht sich auf die Verwendung der Mälzer nach beendeter Kampagne), werden auch weiterhin aufrecht erhalten. 4. Die von den Arbeitern durch Rücklaß von einem Liter Deputatier in die zu gründende Alters- und Invaliditätskasse eingezahlten Beiträge werden jedem Arbeiter, welcher vor endgültiger Genehmigung der Statuten aus den Diensten der Firma Brüder Reininghaus oder der Ersten Grazer Aktien-Brauerei austritt oder entlassen wird, mit dem vollen Betrag zurückbezahlt. Hinsichtlich der weiteren Verwendung der von den Arbeitern eingezahlten Beiträge wird das seiner Zeit genehmigte Statut der Alters- und Invaliditätskasse die erforderlichen Bestimmungen enthalten. Zur Ausarbeitung der Statuten werden von beiden Unternehmungen Vertreter der Arbeiterchaft beigezogen werden, und zwar wird ein Theil derselben von der Arbeiterchaft selbst gewählt, während der andere Theil von den Unternehmungen hierzu ernannt wird. Die Abstimmung mußte zweimal vollzogen werden, weil das Resultat ein unbestimmtes war, und die Meisten nicht mitgestimmt hatten. Bei der endgültigen Abstimmung stimmten 140 Brauereiarbeiter für die Annahme der Zugeständnisse der Firma Reininghaus, das heißt für die Aufhebung des Boykotts, etliche 30 aber dagegen. — Zu dem Versammlungsbericht haben wir zu bemerken, daß die Firma Reininghaus wieder den Schlaun gespielt hat. Als sie hörte, daß die Ostwirthe vereint gegen sie vorgehen wollten, trachtete sie, sofort Unterhandlungen anzubahnen, suchte sich dazu einige für sie vertrauenswürdige Leute aus, ebenso Vertrauensmänner der Bänder und Hilfsarbeiter. Wir erklären uns mit der Aufhebung des Boykotts nicht einverstanden und haben Diejenigen die Folgen zu tragen, welche für Aufhebung des Boykotts eingetreten sind. Im Uebrigen eruchen wir die Kollegen, welche noch in der Brauerei beschäftigt sind, nicht auf den blauen Girnefang reinzufallen. Einer „Vereinigung“, die von dem berüchtigten Strabek und dito Wiberall, als bekannnte Leuteschänder, protegirt wird, kann kein vernünftiger Kollege angehören.

Hamborg. Die Tagesordnung der Protektorenversammlung am 29. September im „Harmonia-Gesellschaftshaus“ lautete: „Die beabsichtigte Nahrungsmittelvertheuerung durch Erhöhung der Zölle und die schädlichen Folgen der geplanten höheren Vertheuerung der Brauerei-Kolproducts und des Bieres für die Verschlechterung im Allgemeinen, sowie die in der Brauindustrie thätigen Angehörten im Besonderen.“ Ein Antrag, eine Zellerammlung stattfinden zu lassen und den Uebertritt des ausständigen Glasarbeiters zu überweisen, wurde angenommen; derselbe ergab 26,10 Mk. Hierauf referirten Kaufkötter und Bauer über das Thema der Tagesordnung und wurde alsdann, wie schon in voriger Nummer berichtet, die Protektorenresolution einstimmig angenommen, nachdem Kollegen Müllinger und Bauer noch einmal aufgefordert hatten, daß alle Diejenigen, die gegen die Zollerhöhung wären und noch keiner Organisation angehören, sich dem Zentralverband der Brauer und Berufsgenossen anschließen sollten.

Hof. Die Protektorenversammlung gegen die Zollerhöhung fand am 1. Oktober statt. Dieselbe war verhältnismäßig schwach besucht, nur ca. 50 Personen hatten sich eingefunden. Diese Laubeit in einer so wichtigen Frage ist aufs Schärfste zu verurtheilen. Die Protektorenresolution fand Annahme.

Münchener. In einer am Sonntag, den 15. September, stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung sprach Kollege Weidener aus München über die Lage der Brauereiarbeiter und über das Verhalten der Brauereibesitzer gegenüber unserer.

Organisation. In scharfen Worten legte der Referent die Brauereiverhältnisse klar, besprach in leicht verständlicher Weise die Gefahren, welche den Arbeitern drohen, wenn diese nicht die nötigen Gegenmittel ergreifen. Ferner kam er auf die brutale Handlungsweise zu sprechen, welche die Brauereibesitzer angewendet haben, um unseren Vorstehenden nicht nur von den Brauereien auszuschließen, sondern auch als Tagelöhner bei den Bauarbeitern durfte er nicht mehr arbeiten, indem die Brauereibesitzer beschließen haben, betreffendem Baumeister so lange keine Arbeit mehr zu geben, bis der Gewährleistende entlassen wird. Auch der Kassier von der Enghrauererei wurde als schwerer Verdrößer auf die Straße geworfen, weil er sich erlaubte, die Forderung, welche die Brauereiarbeiter an den Besizer gestellt hatten, als Exzerpt zu unterzeichnen. Wiederer schloß seine Ausführungen mit den Worten, mögen die Herren Brauereibesitzer noch so sehr auf uns Arbeiter mit Steinen werfen, wir werden uns in unserem Vorwärtsdrängen nicht aufhalten lassen, und es wird sich zeigen, daß die Steine, welche auf uns geworfen werden, sehr gute Früchte tragen werden. Beschlüsse der Besizer löbte den Medner. Nach kurzer Diskussion, in welcher von einigen Kollegen die Ausführungen des Referenten über die Zustände in den Brauereien noch ergänzt wurden, wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige öffentliche, sehr gut besuchte Volksversammlung entnimmt aus den Ausführungen des Referenten, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien noch sehr schlechte sind, vernetzt auf das Schärfste die brutale Handlungsweise gegenüber dem Vorsitzenden Kollegen W. und beschließt, den Verfallungsbericht in den Memminger Zeitungen zu veröffentlichen, oder bei eventueller Nichtaufnahme denselben durch Flugblätter zur Kenntnis an die Memminger Bürgererschaft zu bringen.

Memminger. Am Sonntag, 6. Oktober, fand hier eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Die besorglichste Nahrungsmittel-Verheuerung in besonderer Berücksichtigung auf das Braugewerbe“. Das Referat hatte Kollege Steinhauser aus Stuttgart übernommen und legte derselbe den Anwesenden klar, daß wir in Süddeutschland jetzt schon erheblich höhere Steuerlasten haben als die Brauer in Norddeutschland. Allein nicht genug damit, gehen die verbündeten Regierungen, hauptsächlich den Zunkern und Agrariern zuliebe, damit um, Gerste, Mais und Hopfen mit bedeutend höheren Steuerlasten zu belegen. Der Referent sagte, es scheint, daß man neben der höheren Ernte aus diesen Zöllen auch darauf ausgeht, den Bierkonsum zu vermindern und den Schnapskonsum zu erhöhen, um auch dadurch den Zunkern und großen Schnapsbrennern, besonders in Norden, neue Viebesgaben in den Schoß zu werfen. Betrachten wir nur jetzt die hohen Wehr-, Schmalz- und Fleischartikel, welche im Laufe der letzten Jahre bedeutend gestiegen sind, und denken wir darüber nach, wenn diese zum Leben unentbehrlichen Lebensmittel nach Einführung der vorgeschlagenen Zölle noch mehr erhöht werden, wie dann die Lebenshaltung der Arbeiter werden wird und welchen Einfluß es auf unseren Beruf ausüben wird. Der Bierkonsum wird erheblich vermindert werden und in Folge dessen wird eine größere Arbeitslosigkeit bei uns eintreten. Medner empfiehlt den Anwesenden, die Arbeiterblätter, besonders auch die „Tagwacht“, mehr zu lesen, damit sie sehen, was man mit uns vorhat. Es scheint so, als will man die arbeitende Klasse soweit herunterdrücken, daß sie garnicht mehr denksfähig ist. Trotzdem der Herr der Zunker und Fabrikanten, Bismarck, einmal im Reichstag einen Vorschlag über 3 Mk. für ein verdrängtes Verlangen erklärte, ist doch jetzt schon höher und soll abermals erhöht werden. Nachdem der Medner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag beendet hatte, wurde die bekannte Resolution von den ca. 60 Anwesenden einstimmig angenommen.

Speyer. Die Protestversammlungen gegen die Zollerhöhungen am 29. September im „Bayerischen Hof“ war von ca. 250 Personen besucht. Einstimmig wurde die Resolution angenommen.

Weimar. Versammlung vom 5. Oktober. Im 1. Punkte ließen sich vier Mann annehmen, darunter unser neuer Vereinswirth. Den Kartellbericht erstattete Kollege Sch., wobei besonders hervorgehoben wurden das neue Ortsstatut zum Gewerbeberechtigt und die Vorkträge für diesen Winter. Der erste findet am 29. d. Mts. über „Möntgenstrahlen“, „flüssige Luft“ und „Telegraphie ohne Draht“ statt. Ueber die Stadtbrauerei wurden wieder Klagen laut wegen einer Entlassung wegen achtstägiger Krankheit. Der Betreffende verzichtet auf Wiedereinstellung, nachdem vom Vorsitzenden ein Brief an die Herren Deinhardt geschrieben war. Harry Deinhardt erklärte dem Vertrauensmann, wenn er bloß den Namen Niepi (Vorsitzender) sieht, könnte er jedesmal an die Decke springen. Wenn es wieder weiterging, wollte er sämtliche Verbandsmitglieder entlassen. Betreffs Referenten zur Versammlung gegen den Brotwucher hat sich der Vorsitzende an Badert-Gera gewandt, aber wegen Mangel an solchen keinen bekommen. Beschlissen wurde, an den Hauptvorstand zu schreiben, da ein Fachmann gewünscht wird. Im Verschiedenen wurden die Zustände in der Nittergutbrauerei Ehringdorf einer Kritik unterzogen. Unter den 30 Kollegen und Arbeitern ist nicht einer organisiert. Die Arbeitszeit ist von 5—7 Uhr bei 75 Mk. Einstellungslohn, jeden 1. und 15. ist Fasttag, 4 Liter schlechtes Bier und ein 1 Liter Einfaches. Sonntags 3 Stunden und noch länger arbeiten und 1 Liter Bier. Die Dampfsheizung auf dem Schälender wurde rausgerissen und ein Ofen hingestellt. Vor Kurzem bei dem schlechten Wetter haben die Würstchen Feuer gemacht, da mußten sie die Köpfe bezahlen. Wenn Abends Einer lange ausbleibt, wird er entlassen oder bekommt 14 Tage Stubenarrest und nichts zu trinken. Fremde Kollegen dürfen nicht hinein, und die dort beschäfftigten dürfen auch die anderen Kollegen nicht besuchen, damit sie nicht „aufgehört“ werden. Das macht Alles der schneidige Oberbürsche lieber. Dann wurde noch gerügt, daß die Versammlung so schlecht besucht war; vom Feldschlächen fehlten 13 Mann, von der Stadtbrauerei 3, denen wahrscheinlich das Wetter zu schlecht war, weil sie 5 Minuten zu laufen haben. Die von Oberweimar haben eine Stunde, denen war es nicht zu schlecht. Es sind welche dabei, die schon in 3 und 4 Versammlungen nicht da waren; ein schlechtes Zeugniß. Wenn alle Monate nur eine Versammlung ist, mühte doch mehr Interesse vorhanden sein, damit die Versammlung auch vollständig besucht ist.

Bewegungen im Berufe.

Warmen. Die am Sonntag, den 22. September, im hiesigen Gewerkschaftshaus stattgefundene Brauereiarbeiter-Versammlung erreichte sich eines zahlreichen Besuchs. Den Bericht der Lohnkommission über die schon lange schwebende Lohnbewegung gab deren Vorsitzender, Kollege Frank. Er wies darauf hin, wie die Unternehmerorganisation der Lohnkommission die Arbeit erschwere. Obwohl die Lohnkommission stets die Nothwendigkeit mündlicher Verhandlungen betone, drückte sich der Verband der Brauereien um jede freie Aussprache herum, so daß nur auf schriftlichem Wege mit dem Unternehmerverbande verhandelt werden könnte. Aber auch hier waren die Unternehmer resp. der Syndikus derselben bemüht, die Sache auf die lange Bank zu ziehen. Wurde ein Schreiben an die Unternehmer gerichtet, so kam fast stets die Antwort, daß die Mehrzahl der Herren verreist und eine Beschlusfassung deshalb nicht möglich sei. Ein Vorgehen der beiden Ausschüsse der Arbeiter und Arbeitgeber-Gewerkschaftskommission hatte nicht mehr Erfolg. Die Zustände in der Unternehmung seien

sehr geringe und erstrecken sich in der Hauptsache nur auf die Kategorie der Brauer. Das Auswärtswohnen wurde bewilligt. Ferner sollen Waschk- und Badeeinrichtungen, sowie Umkleide- und Trockenzimmer errichtet werden. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar Freitags. Sonntagsdienst wird mit 2 Mk. vergütet. Letzteres kommt auch den Vierfahrern einiger Brauereien zugute, welche bisher für Verrichtungen dieser Art nichts erhielten. Der Minimallohn bleibt 24 Mk. bei Auswärtswohnenden, 22 Mk. beim Wohnen im Geschäft und wird nach einem halben Jahre um 1 Mark erhöht. Auch dies bedeutet für einige Brauereien einen kleinen Fortschritt. Daß nicht mehr erreicht wurde, daran seien neben der schlechten Geschäfts-Konjunktur auch die hiesigen Bundesgesellen schuld, welche mit ihrer widrigen Forderung die Sache nur verfahren haben. — In der an den Bericht anschließenden Diskussion wurde erwähnt, daß einige Brauereien die Waschk- und Badeeinrichtungen, andere die Umkleide- und Trockenzimmer noch nicht eingeführt haben. Am meisten wurde über die Wiskaler-Küpper-Brauerei geklagt. Während die übrigen Brauereien das Auswärtswohnen, soweit es noch nicht bestand, durchgeführt haben, wohnt in der Abtheilung Wendahl das ganze Brauersonnal noch im Geschäft. In der Abtheilung Mondorferstraße wohnen nur die Verbandsmitglieder auswärtig. Die Folge dieser Zerfahrenheit ist, daß in beiden Abtheilungen noch keine Umkleide- und Trockenzimmer eingerichtet sind. Unlängst kam es in der Abtheilung Mondorferstraße des Nachts zu einem Zimmerbrand, der leicht größere Dimensionen hätte annehmen können, wäre er nicht sofort bemerkt und im Keime erstickt worden. Einer Anzahl Arbeiter sind aber die Arbeitskleider verbrannt. Die Schuld hieran trifft in erster Linie die Betriebsleitung, weil kein Trockenzimmer vorhanden ist und die Arbeiter ihre nassen Kleider am Ofen trocknen müssen. Wir glauben, daß die Wiskaler-Küpper-Brauerei das, was andere Brauereien können, auch kann, und wäre es nicht notwendig, als Musterbetrieb, als welchen diese Brauerei doch gelten will, ein paar Jahre nachzujinken. Auch Herr Oberhof-Warmen gewährt seinem einzigen ledigen Brauer das Auswärtswohnen nicht, obwohl der Wohnraum desselben sich in einem ganz trostlosen Zustande befindet. Es wurde beschlossene, die Lohnkommission weiter bestehen zu lassen, und soll diese es sich zur Aufgabe machen, diesen Mängeln abzuhelfen. Die Lohnbewegung betr. wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der Lohnkommission. Sie erblickt in dem Vorgehen des Arbeitgeber-Verbandes bezüglich des wiederholten Ersuchens um mündliche Unterhaltung, ferner in dem sofortigen Ausschluß einzelner Arbeitergruppen bei der Verhandlung der Forderungen ein Verhalten, das jeder Begründung entbehrt und nur den beabsichtigten Zweck haben kann, uns in unseren Bestrebungen zu hindern. Die Versammlung halten an den aufgestellten Forderungen unentwegt fest, hatten aber die augenblickliche Geschäftsfrage nicht für geeignet, den Forderungen den nöthigen Nachdruck zu verleihen. Die Versammlung verpflichtet sich, die noch fehlenden Kollegen der Organisation zugänglich zu machen, da sie nur hierdurch in die Lage versetzt werden, bei den Arbeitgebern als gleichberechtigter Faktor anerkannt zu werden.“

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, im Sinne der Resolution zu wirken und nicht früher zu ruhen, bis der letzte Berufskollege organisiert ist, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentral-Verband geschlossen. Zu bemerken wäre noch, daß die Organisation um ca. 100 Prozent während der Bewegung gewachsen ist.

Wermisch. Den von dem gesamten Personal, mit Ausnahme des Oberburschen, der Betriebsleitung der Frlr. v. Wendland'schen Brauerei unterbreiteten Wünschen auf Verbesserung der Löhne, Arbeitszeit zc. wurde durch die Intervention des Herrn Braumeisters und Verwalters in entgegenkommender Weise, wenn auch nicht in vollem Umfange, stattgegeben. Erzielte wurde folgendes: Der Monatslohn wird vom 1. Oktober ab in Wochenlohn umgewandelt und zwar: Obermälzer 24 Mk. (bisher 85 Mk. monatlich), Bierbier 21 Mk. und Gährführer 23 Mk. (bisher 80 Mk. mtl.), Wiskaler 21 Mk., (bisher 74 Mk. mtl.), die übrigen im Gährstiller und in der Mälzerei 20 Mk. (bisher 72—75 Mk. mtl.), die übrigen Kellerburschen 18 Mk. (bisher 70 Mk. mtl.), Schäffler 19 Mk. (bisher 70—74 Mk. mtl.), Bierführer: am See 17 Mk. (bisher 70 Mk. mtl.). Die Arbeit in der Mälzerei soll durch Einstellung eines zweiten Darfages geregelt werden. Sommerfeller-Dujour wird mit 50 Pfg. vergütet (bisher nichts), die Kellerarbeitszeit dauert von Morgens 4 Uhr bis Abends 5 1/2 Uhr, mit 1/2 Stunde Kaffee, 1/4 Stunde Brotzeit, 1 1/2 Stunde Mittag, 1/4 Stunde Brotzeit Nachmittags. Ueberstunden werden nach dem Stundenlohn bezahlt, wenn die Ueberarbeit 1 Stunde dauert (bisher nichts), Kellerarbeit Sonntags 3 Stunden, Mälzer jeden 3. Sonntag 36 Stunden frei. Vier 6 Liter (bisher 4 Liter), 2 Liter können in den am Ort befindlichen Wirthshäusern getrunken werden. — Es wäre wohl noch Einiges zu regeln, doch ist es ein schöner Schritt vorwärts und für jeden Kollegen ein Beweis, daß Ruhe und Einigkeit zum Ziele führt. Vom Oberburschen, der sich nicht angegeschlossen hat, möchten wir nur wünschen, die Arbeitseinteilung besser zu regeln und in Zukunft die Ueberstunden mehr zu vermeiden. — In der Antwort des Frlr. v. Wendland erkannte derselbe gerne den sachlichen und entgegenkommenden Ton unserer Kollektivschrift an, wie er auch gegen die Bemerkungen der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise, des kostspieligen Lebens am Orte und der anstrengenden Arbeit in einer Brauerei nichts einzuwenden zu haben erklärte. Die Einführung von Verbesserungen zur Erleichterung der Arbeit wurde als selbstverständliche Aufgabe und Sorge der Betriebsleitung erklärt, zu welchem Zwecke auch gute Besprechungen im Geiste des Personals gerne in Erwägung gezogen werden sollen. Wenn auch nicht die Wünsche in vollem Umfange erfüllt seien, so sollen die Arbeiter kein Uebelwollen darin erblicken, bei ruhiger Ueberlegung werden Sie befriedigt sein und erkennen, daß wir unser Möglichstes thun, um unseinen Arbeitern ihre Lage so zu gestalten, daß sie auch gerne hier sind. — Ein gleiches Entgegenkommen, Form und Ton der Antwort wäre manchem Brauereibesitzer als gutes Beispiel zur Nachahmung zu empfehlen.

Werra. Nach verschiedenen Versuchen der Organisation, den Brauereibesitzer Herrn Kanis, Langenberg, zur Anerkennung des Lohnzuzugs zu bewegen, theilte uns Herr Kanis mit, daß er, trotzdem er Mitglied sei, nur mit seinen eigenen Leuten zu verhandeln hätte, was der Vorsitzende des Brauereiverbandes auch bestätigte. Es stellten nun die Mitglieder unserer Organisation Herrn Kanis ihre Wünsche zu und wurden an zwei Brauer 21 Mk. (früher 20 Mk.), an drei Hilfsarbeiter 18 Mk. (früher 17 Mk.) bewilligt. Ein Hilfsarbeiter, ein Geizer und die beiden Vierfahrer, welche letztere die Forderungen nicht mit unterzeichneten, wurden von einer Lohnaufbesserung ausgeschlossen. (Vielleicht sieht man es noch ein, daß es unbedingt nothwendig ist, organisiert zu sein.) Die Arbeitszeit wurde im Winter von 6—6 Uhr mit 2 Stunden Pausen festgesetzt, im Sommer dagegen von 5—6 Uhr mit 2 1/2 Stunden Pausen, mit der Begründung, daß das Eisheizen dies nöthig mache, belassen. Die Sonntagsstunden werden mit 40 Pfg. pro Stunde vergütet. Obwohl Herr Kanis es für einen Kulturfortschritt begrüßen würde, den Hausknecht abzulassen und den Betrag an das Personal auszugeben, so mußte er dies noch zurückstellen, weil der Ringbeschluß für ihn bindend ist. Selbiger geht dahin, daß man erst die großen Brauereistädte vorangehen lassen möchte. Sonderbar, daß man sich vor dem Anfang scheut. Das Personal der Brauerei Langenberg mag die Lehren aus

dem Erfolg ziehen und danach handeln. Ist es nicht eine Unterlassungsünde, dem Verbands fernzustehen, und sieht man es denn wirklich noch nicht ein, daß nur der Verband, nicht aber der Harmonieverein an die Besserung der Brauereiverhältnisse denkt? Dem dortigen Bundeskollegen dieses zur gefälligen Notiz.

Rundschau.

— Aus Anlaß einer Beschwerde bei Herrn Dr. Fröhlich, Gewerbeinspektor, Karlsruhe, über ungesetzliche Sonntagsarbeiten in einer Brauerei wurde dem Hauptvorstande die Nachricht, daß Zuschriften an die Großherzogliche Badische Fabrikinspektion Karlsruhe, Leopoldstraße Nr. 7, zu richten sind und nicht an einzelne Beamte persönlich. Den Zahlstellen resp. Kollegen im Großherzogthum Baden diene dies zur Notiz.

— Ein Entscheid des Reichsversicherungsamtes mag als Warnung dienen, sich nicht unaufgefordert an gewerblichen Dienstleistungen zu betheiligen. Ein Arbeiter hatte im Vorübergehen gesehen, daß mehrere seiner Bekannten, die im Betriebe eines industriellen Unternehmens beschäftigt, bemüht waren, eiserne Säulen auf einen Transportwagen zu bringen, wobei eine derselben umkippte. Er sprang hinzu, um zu helfen, und erlitt dabei einen Unfall. Die beanspruchte Unfallrente wurde in allen Instanzen abgewiesen. Im Urtheile des Reichsversicherungsamtes heißt es: Der Kläger beschäftigte sich selbst, entweder um eine Probe seiner Kraft und Geschicklichkeit abzugeben oder um den Arbeitskameraden gefällig zu sein, ein „Geschäftigter werden“, wie es das Unfallgesetz für Gewährung einer Rente vorsehe, liege nicht vor.

— Zur Arbeiterversicherung. Nach § 46 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 erlischt die aus der Versicherungspflicht sich ergebende Anwartschaft auf Rente, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstages ein die Versicherungspflicht begründendes Arbeits- oder Dienstverhältnis, auf Grund dessen Beiträge entrichtet sind, oder die Weiterversicherung (freiwillige Fortsetzung, Erneuerung der Versicherung) nicht stattgefunden oder in weniger als insgesammt 20 Beitragswochen bestanden hat. Nach § 146 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes dürfen aber freiwillige Beiträge weder für eine länger als ein Jahr zurückliegende Zeit, noch nach eingetretener Invaldität entrichtet werden. Daraus erwächst für den Versicherten die Gefahr, daß er bei Versäumung rechtzeitiger und ausreichender Markenverwendung innerhalb der vom Gesetze bestimmten Zeit, obwohl er die Wartzeit erfüllt, seines an sich begründeten Rentenanspruches verlustig gehen kann. Dies ist namentlich dann zu besorgen, wenn der Rentenbewerber wegen Nichtanerkennung der Invaldität mit seinem Invalidentenrentenantrag in allen Instanzen abgewiesen wird. Da in solchen Fällen das Verfahren vielfach schon ein Jahr gebauert hat, eine erneute Antragstellung aber regelmäßig erst ein Jahr nach der ersten endgiltigen Abweisung möglich ist, so wird der Rentenbewerber, der seit der erstmaligen Erhebung seines Anspruches nicht gearbeitet und Beitragsmarken nicht verwendet hat, bei Wiederholung seines Antrages nicht selten die Anwartschaft auf Rente gemäß § 46 des Gesetzes schon verloren haben.

Um unter solchen Umständen jenen Verlust zu verhüten, empfiehlt es sich, bei Erhebung des Invalidentenrentenantrages von dem Rechte der Weiterversicherung Gebrauch zu machen und die freiwillige Weiterverwendung von Versicherungsmarken in der Quittungskarte nicht zu versäumen, auch wenn der Rentenbewerber wegen der von ihm behaupteten Invaldität in keinem Arbeitsverhältnis mehr steht.

— Invalidentversicherung. (Umtausch der Quittungskarten.) Die Quittungskarte verliert ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungstages zum Umtausch eingereicht ist. (Sie die Annahme begründet, daß der Versicherte ohne sein Verschulden den rechtzeitigen Umtausch verfaumt hat, so kann der Vorstand der Versicherungsanstalt des Beschäftigungsortes auf Antrag des Versicherten die fortwährende Gültigkeit der Quittungskarte anerkennen. — Der Bundesrat ist befugt, anzukündigen, daß die Gültigkeitsdauer der Karten durch Abtempelung verlängert werden kann.) (Nachträgliche Entrichtung von Beiträgen.) Die nachträgliche Entrichtung von Beiträgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung ist nach Ablauf von zwei Jahren der Fälligkeit unzulässig. Die Versicherungspflichtigen also, für die fällige Beiträge nicht in genügender Zahl entrichtet sind, müssen zur Vermeidung des Verlustes dafür Sorge tragen, daß die geschuldete Beitragsleistung umgehend nachgeholt wird. (Zi die Beitragsleistung wegen verspäteter Feststellung einer bisher streitigen Versicherungspflicht oder aus anderen Gründen ohne Verschulden der Beteiligten unterlassen, so ist die nachträgliche Entrichtung nach Ablauf von 4 Jahren unzulässig.) Personen, die sich selbst verschulden oder nach Ausschließen aus der Versicherungspflicht die Versicherung fortsetzen, z. B. selbstständig gewordene Gehilfen, Gesellen, Dienstmädchen nach ihrer Verheirathung, dürfen freiwillige Beiträge für eine länger als 1 Jahr zurück liegende Zeit sowie nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit nicht mehr entrichten.

— Ein Gastwirth ist nicht zur Beherbergung eines Handwerkers verpflichtet. Eine bemerkenswerthe Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Ein Gastwirth in Oberweidbach hatte im Dezember v. J. einem Handwerkersburschen das Nachtlager verweigert, worauf er vom Landgericht in der Berufunginstanz zu 6 Mk. Geldstrafe verurtheilt wurde. Das Kammergericht sprach jedoch den Gastwirth frei, weil er nicht gehalten sei, einen Reisenden außer in den „Konjessionsmäßig verpflichteten“ bereit zu haltenden Betten zu beherbergen, noch dazu, wenn der Reisende nicht den Eindruck mache, daß man ihm ein besseres Zimmer anweisen möge. Es sei Pflicht der Gemeinde selbst, solche Reisende unterzubringen. — Dann gibt es für reisende Arbeiter nur noch einen Schutz gegen Obdachlosigkeit — bei der Polizei.

Todtenliste.

Am Sonntag, den 6. Oktober, starb nach langem schweren Leiden das Mitglied Louis Breder in Nr. 41. Lebensjahre, zuletzt Städtische Brauerei. Ehre seinem Andenken!
Zweigverein Hannover.

Quittung.

Vom 29. September bis zum 6. Oktober gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Uelzen 3,60. Galtz 7,20. Riel I (Brauer) 14,20. Weimar 11,95. Nürnberg 179,45. Bad-Berka 1,20. Witten 1,20. Nienburg 3,60. Damburg II (Hilfsarbeiter) 300,—. Bergedorf 1,50. Bielefeld 30,84. Dessau 162,40. Hannover 1,20. Gera 74,58. Hamm 36,—. Stuttgart 588,66. Saalfeld 14,82. Wolfmarfen 3,40. Oldenburg 10,50. Halle I (Brauer) 22,50. Sengersberg 7,20. Oberan 3,60. Speidrow 1,20. Riesa 4,60. St. Johann 3,60. Ludwigsbafen 100,62.

Für Inzerate ging ein: St. Gallen 1,—. St. Veed 5. Ruhrort 1,50. Schw.-Gmünd 1,50. Karlsruhe —,60. Wickel 1,—. Mannheim 40,—.

Für Abonnements ging ein: Postabonnenten (für 3. Quartal) 179,52.

Abrechnung der Hauptkasse für Monat September 1901.

Einnahme.

Von den Zahlstellen:

September: Eintrittsgelder Mtl. 213,-
Beiträge 3 572,73

Von den Einzelmittgliedern:

September: Eintrittsgelder 21,-
Beiträge 287,90
Zur Abkommensauf die „Brauereizitung“ 259,52
Zur Inserate 5,64
An freiwilligen Beiträgen 10,-
Bestand vom Monat August 1901 62 455,61

Summa Mtl. 66 873,40

Ausgabe.

Zur Gehälter der Beamten Mtl. 450,-
Zur Mantogeld 5,-
Zur Anshilfe 114,-
Porto für Versand der Zeitung 295,60
Redaktionsausgaben und Abonnements 97,55
Zur Arbeitslosenunterstützung 70,-
Zur Krankenunterstützung 96,20
Zur Unterstützung an Genossengelder 125,-
Zur Rechtschutz, Strafen und Gerichtskosten 20,-
Zur Agitation und Unkosten zu den Lohnbewegungen 263,80
Zufuhr an die Zweigvereine 625,70
Zur Streitunterstützung 612,70
Zur Revision der Hauptkasse 5,-
Zur Sitzungen des Hauptvorstandes 6,-
Zur Stempel und Müssen 1,75
Zur Porto und Bestellgeb. 90,85
Zur Unterhaltung des Büreaus 4,61
Zur Versicherungsmarken (Anwaltsbüro) 17,40
An den internationalen Unterstützungsfonds abgeschrieben 500,-

Summa Mtl. 4181,16

Bilanz.

Einnahme Mtl. 66 873,40
Ausgabe 4 181,16
Massenbestand am 30. September 1901 Mtl. 63 444,24
Bestand des internationalen Unterstützungsfonds 5 160,52
Aus der Hauptkasse zugeschrieben 500,-

Summa Mtl. 69 104,76

Hannover, den 8. Oktober 1901.

Der Verbandsvorsitzende: **G. Bauer.** Der Hauptkassier: **D. Angerer.**

Revidiert und für richtig befunden:
Die Revisoren:
H. Klauß, Otto Manhardt, Christ. Eitzen.

Verbandsnachrichten.

Gau IX. (Zug München.) Die Adresse des Gauvorsitzenden **J. Weidner** ist jetzt Keuhser Wienerstr. 48, 3. St.

Bochum. Die Adresse des Vorsitzenden ist: **D. Götz**, Brauerei Arnold Brägl.

Gelle. Unterstützung wird jetzt bei Knop, Föhrenwiese, ausbezahlt.

Dresden. In einer Geschäfts-Versammlung am 4. Oktober in Geißler's Restaurant, Plauen, wurde von dem Personal des Plauenschen Lagerkellers einstimmig beschlossen, den **Brauer R. Schuster** nicht wieder in den Verband aufzunehmen, da selbiger schon zweimal Mitglied war und allem Anschein nach, wenn ihn der Schuh drückt, sich wieder an uns heranzubehlt.

Dresden. (Sektion der Hilfsarbeiter.) Die Adresse des Vorsitzenden **Kollegen E. Walle** ist jetzt Köbhan, Kollfestr. 4, 2. St.

Leititzburg. Unterstützung wird beim Kollegen **Marx**, Feldstr. 9, ausbezahlt.

Düsseldorf. Die Adresse des Vorsitzenden ist: **Fritz Koblmann**, Schwaben-Brauerei. Sämtliche Angelegenheiten, die Zahlstelle Düsseldorf betreffend, sind an denselben zu richten.

Vom 1. Oktober ab wird die Reise-Unterstützung vom Kollegen **Hans Fiebner**, Auguststr. 17, 2. St., Abends von 6 1/2 - 7 1/2 Uhr ausbezahlt.

Leititzschafen. Vorsitzender ist Kollege **R. Wiest**, Magstr. 54, 3. St. Kassierer ist **Josef Droll**, Dampfstr. 8, 3. St. Kassierer zahlt Unterstützung von 12 - 1 Uhr Mittags aus.

Weimar. Unterstützung zahlt vom 1. Oktober an der neue Vereinsvorstand Kollege **S. a. f. e.**, Restaurant „Zum Goldbrun“. Auch finden hier zugereiste Kollegen bei mäßigen Preisen gute Aufnahme.

Briefkasten.

Gelle. 1 Mtl.
D., Düsseldorf. 1 Mtl.
N., Berlin. 1 Mtl.
Anonymus, Leipzig. Bitte um nähere Angaben mit Namensunterkunft.

B., Bern. Hatte leider keine Zeit nachzusehen, werde in nächster Nummer beantworten.

Versammlungen finden statt in:

Berlin. (Sektion der Brauer.) Für Oktober fällt die Monatsversammlung aus, dafür findet am 20. Oktober eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt, welche sich mit dem Posttarif beschäftigen wird. Näheres Handzettel.

Sonntag, den 13. Oktober, Vorm. 10 Uhr: Vorstand- und Vertrauensmännerziehung bei Gärtner, Mollensstr. 12.

Berlin. (Sektion der Hilfsarbeiter.) Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 1 Uhr, in „Steller's Festsaal“, Koppenstr. 29: **Generalversammlung.** Neuwahl des Vorstandes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Bochum. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 3 Uhr, bei **Döll:** Vorstand- und Vertrauensmännerziehung.

Chemnitz. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 4 1/2 Uhr: **Öffentliche Versammlung** im Restaurant „Zur Warburg“, Hauptstr. 17. Vortrag des Redakteurs Schöpslin über die geplante Jollerhöhung und die Folgen für das Braugewerbe und die Brauereiarbeiter.

Darmstadt. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 1 Uhr, im Saale „Cramer's Bierhalle“, Dieburgerstr. 9: **Öffentliche Versammlung.** Tagesordnung: „Der Posttarif“. Referent: **Gräß-Frankfurt.**

Dresden. (Sektion der Hilfsarbeiter.) Dienstag, den 15. Oktober, Abends 9 Uhr, in Geißler's Restaurant, Plauen: **Öffentliche Bierfahrer-Versammlung.** Mitglieder werden aufgenommen.

Leititzburg. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 3 Uhr, bei Kollegen **Marx**, Feldstr. 9.

Eilenburg. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 3 Uhr: **Öffentliche Versammlung** im „Bergkeller“. Tagesordnung: „Die Gefahren der Jollerhöhungen für die Brauereiarbeiter“.

Elberfeld. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 5 Uhr, im „Vollshaus“ (früher Wilhelmshöhe): **Öffentliche Versammlung.** Vortrag über: „Die beabsichtigten Jollerhöhungen und die schädlichen Folgen der geplanten höheren Besteuerung der Brauerei-Produkte und des Bieres.“ Das Erscheinen sämtlicher Brauereiarbeiter aller Kategorien von Elberfeld, Ohligs, Welsch, Langenberg und Umgebung wird erwartet.

Die Mitglieder-Versammlung vom Sonnabend, den 12. Oktober, fällt aus.

Effen. Sonntag, den 13. Oktober, pünktlich 3 Uhr, im „Vorussaal“. Alle erscheinen.

Friedenwalde (Spreewald). Sonntag, den 13. Oktober: **Öffentliche Versammlung** aller in den Brauereien, Malzfabriken und Biermälzereien beschäftigten Personen. Tagesordnung: 1. Die Lebensmittel- und Bierverfälschung durch die Jolle und die schädlichen Folgen derselben für uns. 2. Zweck und Nutzen der Organisation.

Jugoslavien. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 2 Uhr, im „Gasthaus zum Jungbrun“. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Kassel. Sonnabend, den 12. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: **Öffentliche Versammlung** im Lokale des Kollegen **Greiner.** Referent: **Jugo.**

Köln a. Rh. Sonntag, den 13. Oktober, Vorm. 11 Uhr, bei **Mebus**, Körnerstr. 18. Die Kollegen mögen sich an Pünktlichkeit gewöhnen.

Mühlhausen i. Th. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 2 Uhr, im „Burgkeller“: **Öffentliche Versammlung.** Tagesordnung: „Die Jollerhöhung“. Referent: Kollege **Wadert** aus Gera.

Müllheim a. d. R. Sonnabend, den 12. Oktober, bei **Vorgstede.**

Raumburg. Sonntag, den 13. Oktober: **Versammlung.** Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt nötig. Die rückständigen Beiträge sind zu entrichten, andernfalls wird nach den Statuten verfahren.

Saggesheim. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 2 Uhr, im Lokal „Aueva“.

Wiesbaden. Am 13. Oktober: **Versammlung.** Referent: Kollege **Weiderer** aus München. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Willingen. Sonnabend, den 12. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im „Adler“.

Würgburg. Sonntag, den 13. Oktober, Morgens 10 Uhr, im „Adler“, Marktgr. 2: **Öffentliche Brauerei- und Mälzereiarbeiter-Versammlung.** Vortrag über: „Die beabsichtigte Nahrungsmitteleinstellung und höhere Besteuerung der Brauerei-Produkte.“ Referent: Kollege **Egel** aus Nürnberg.

Mitglieder, sorgt für guten Versammlungsbetrieb. In jeder Versammlung werden Mitglieder aufgenommen.

Vergnügungs-Anzeigen.

Berlin. (Sektion der Brauer.) Sonnabend, den 26. Oktober 1901: **Stiftungsfest** in der Brauerei **Friedrichshain.** Konzert, tonische Vorträge, Ball, 2 Orchestershöre, Festpolonaise mit Präsentverteilung. Anfang 8 Uhr. Willens 50 Pf. sind bei Kollegen **Hirseland**, Oberbergerstr. 43, v. 4. St., zu haben.

Süddeutsch. Am Sonnabend, den 13. Oktober, findet im „Neuen Schützenhause“ ein gemeinsames Kränzchen der Brauer und Käfer statt. Sämtliche Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen. Anfang Abends 8 Uhr.

Inserate müssen bei Einlieferung derselben bezahlt werden u. zwar für Nachdruck u. Vergnügungs-Anzeigen 1,50 Mtl., für Gratulationen und sonstige Inserate (außer Geschäfts-Inserate) 1 Mtl. Nicht bezahlte Inserate werden nicht mehr aufgenommen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme anlässlich der Beerdigung meines lieben Vaters spreche ich hiermit allen Freunden und Bekannten, besonders den Beamten, Kollegen und Mitarbeitern der Schwaben-Brauerei Denderdorf, sowie sämtlicher Brauereien Düsseldorf meinen tiefempfundenen Dank aus.
Eitel, 2. Oktober 1901.
Wilh. Geise.

Unsern werthen Verbandskollegen **Vasentin Riehl** und seiner lieben Frau **Justine**, geb. **Diehl**, zu der am Sonntag stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der Brauerei **Stern**, **Oberrad.**

Unsern werthen Verbandskollegen **Mathias Reindel** und seiner lieben Frau **Maria**, geb. **Bogenhart**, zu der am 9. Oktober stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der Sektion **St. Gallen** und **Ungedung** (Schweiz).

Unsern werthen Kollegen **Mathias Reindel** u. seiner lieben Frau **Maria** zu der am 9. Oktober stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der **Alten-Brauerei S. Hirschen**, **St. Fiden** bei **St. Gallen** (Schweiz).

Unsern werthen Verbandskollegen **E. Hedding** zu seiner am 5. Oktober stattgefundenen Hochzeitsfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle **Gießen.**

Unsern werthen Verbandskollegen **Heinrich Meyer** und seiner lieben Frau **Lina**, geb. **Müller**, zu der am 1. Oktober stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichen Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der Brauerei „Zum Felsenkeller“ in **Plauen-Dresden.**

Unsern werthen Verbandskollekt **Ferdinand Behrendt** und seiner lieben Frau **Anna**, geb. **Dickow**, zu der am 26. Sept. stattgefundenen Hochzeitsfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der **Vahrenhofer-Brauerei**, **Abth. 1, Berlin.**
Zur stattgefundenen Hochzeitsfeier am 5. Oktober unsern werthen Verbandskolleg **Wilhelm Speck** und seiner lieben Frau **Luise**, geb. **Weiß**, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei **Höpfner**, **Karlstr.**

Unsern werthen Kollegen **Gustav Schmissas** und seiner lieben Frau zur stattgefundenen Beerdigung, sowie unsern Kollegen **Paul Hoffmann** und seiner lieben Frau zur stattfindenden Beerdigung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der **Schloß-Brauerei, Thöneberg.**
Unsern werthen Kollegen **August Kawan** und seiner lieben Frau **Frau Anna Autze** zu der am 12. d. Mts. stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Kollegen der **Adler-Brauerei, Düsseldorf.**

Unsern werthen Verbandskollegen und Vorsitzenden nebst seiner lieben Frau zu der am 9. Oktober stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der **Zahlstelle Gelle.**

C. R. Wittber
Chemnitz, Müllerstr. 28,
Fabrikant der altbekanntesten **Chemnitzer Holzschuhe, Mälzer-Pantoffeln, Plüschschuhe,** sowie **Stiefeletten** aus Doppel-Segelein für Mälzerei und Private, Preis 6 Mtl.

Empfehlenswerth für alle Brauereien:
Tabellen zur Berechnung der Malzausbeute, Preis 50 Pf.
Normal-Volum-Prozent-Sacharometer u. Ball. zur leichten Ermittlung der Malzausbeute, Preis 5 Mtl.
Zu beziehen durch **E. Ehrlich, Brauer-Akademie zu Worms.**
(Prompte Untersuchung von Malz, Wasser, Bier etc.)

Strand-Müche.
Breite Klapp-Müche.
Steife Brauer-Müche.
Kleine Klapp-Müche.

Carl Fiedler, Dresden F, Schäferstr. 53

Hannover, Gastwirthschaft von **Hans Kleinert,** Knochenhauerstr. 24, hält sich den reisenden Kollegen bestens empfohlen.
Sauberes Logis. - Gutes Essen. - Billige Preise.

Stomke's Städtebnh
für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- und Wegekarte von Deutschland u. angr. Ländern. 336 Seiten geb. 1,20 Mtl. Zu beziehen durch alle Buchhandl. oder gegen Einsf. 1,40 Mtl. von **G. Stomke's Verlag, Bielefeld.**

Dortmund-Gastwirthschaft
Joh. Heinemann, Weissenburgerstr. 42, hält sich den reisenden Kollegen bei sauberem Logis und gutem Essen zu billigen Preisen bestens empfohlen.
Sattelstelle der Ringbahn. Zu jedem Zuge der Hausdiener am Bahnhof.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1902
Mit mehreren Illustrationen u. K.: Geburt von **Liebknechts Grab-Denkmal.**
Geb. 60 Pfa., Porto 10 Pfa.

Joh. Dohm
Spezialgeschäft f. Bierbrauer, Kiel, Winterbeckerstr. 12
empfehlen in bekannter Güte:
Normal- und bunte Hemden, Unterhosen, Socken, extra starke Holzschuhe, Plüschschuhe, Mälzerpantoffeln, Seiden- und Tuchmäntel, Arbeitskleider u. Jacken, Handkercher, große Koffer, Biertrüge u. f. w.
= Neue Preisliste gratis. =

Holzschuhe
für Brauer etc. gebe in prima Waare zu Groß-Preisen ab.
Referenz:
„Kaiser-Brauerei Bremen“.
H. Gräbner, Bremen, Lingenstraße 21.

Ueberall
suchen wir thätige Personen die in den Gewerkschafts- und Volks-Versammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes
Süddeutscher Postillon
übernehmen können.
Günstige Bedingungen.
Weitere Auskunft erteilt auf gefl. Anträge
M. Ernst, Verlag, München
Senefelderstraße 4.